



Andreas Rickenbacher scheint in seiner neuen Aufgabe aufzugehen und fühlt sich am Münsterplatz sichtlich wohl. MANU FRIEDERICH

Der Schnittstellenminister

Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher präsentiert nach 100 Amtstagen acht politische Schwerpunkte

Er sei nach 100 Tagen im Amt noch motivierter als am ersten Tag, sagte Andreas Rickenbacher (sp) gestern. Die neue Aufgabe und die Möglichkeit, zu gestalten, machen dem neuen Volkswirtschaftsdirektor sichtlich Spass. Bereits legte er ein detailliertes Programm vor.

DÖLF BARBEN

Exakt am 100. Tag nach seinem Amtsantritt hat Andreas Rickenbacher gestern die Medien in die Cafeteria der Volkswirtschaftsdirektion am Münsterplatz eingeladen. Kaffee wurde allerdings keiner offeriert (dafür standen Früchte bereit). Neben ihm sass Albert Rösti, der alte, und André Nietlisbach, der neue Generalsekretär, der Anfang Dezember die Funktion übernehmen wird. Rickenbacher wirkte gelassen, ausgeruht – und sehr gut vorbereitet.

Sein Vortrag mündete zu keinem Zeitpunkt in ein Geplauder. Was er sagte, las er vom zuvor verteilten Redetext ab. Da und dort fügte er höchstens ein «ganz klar» oder ein «sehr» in den Text ein.

Nebst Antrittsbesuchen bei den verschiedenen Einheiten seiner «thematisch sehr breiten» Direktion führte Rickenbacher zahlreiche Gespräche mit Leuten aus der Wirtschaft sowie Sozialpartnern. Wenn er auf die ersten 100 Tage zurückblicke, sagte er, erinnere er sich vorab an Begegnungen mit Menschen. Wichtig sei auch der Prozess der Teambildung gewesen – in der Direktion, aber auch im Regierungsrat. «In beiden Bereichen habe ich ein sehr gutes Gefühl.»

Elf Seiten, acht Schwerpunkte

Über die ersten 100 Tage hat der 38-jährige frühere Präsident der SP-Grossratsfraktion gestern nicht lange gesprochen. Den Ablauf seiner politischen Schonfrist wolle er vielmehr dazu nutzen, aufzuzeigen, welche Weichen er in seinen ersten Amtstagen gestellt habe und welche Schwerpunkte er in den nächsten vier Jahren zu setzen gedenke, sagte er.

Rickenbacher legte ein elfseitiges Papier vor, das acht Schwerpunkte enthält. Leitlinie und Grundsatz seiner Politik orientierten sich an den letzte Woche vorgestellten Regierungsrichtlinien mit der Grundmaxime «Nachhaltige Entwicklung stärken» («Bund»

vom 1. September). Als «klassische Querschnittsdirektion» mit sehr vielen Schnittstellen zu den anderen Direktionen könnten er und seine Leute viel zur Erfüllung dieser Grundmaxime und damit zur Stärkung der Wirtschaftskraft beitragen, sagte Rickenbacher.

Die acht Schwerpunkte sind die folgenden: aktive Wirtschaftspolitik, Innovationsförderung, Wirtschaftsförderung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Ökologie und Landwirtschaft, Aktivierung der Waldpolitik, Straffung der Strukturen im Tourismus sowie Nutzung der Chance «Euro 08».

Zu jedem Punkt skizzierte Rickenbacher bereits mehr oder weniger detaillierte Vorstellungen. So gehören für ihn zur aktiven Wirtschaftspolitik an prominenter Stelle der Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung – ebenso wie die «Optimierung des Wissenstransfers Wirtschaft-Wissenschaft». Da und dort im Papier werden Abweichungen zur Politik seiner Vorgängerin Elisabeth Zölch sichtbar. Auf Nachfrage spricht Rickenbacher von «zwei entscheidenden Unterschieden»: Bei der Wirtschaftspolitik lege er «ganz klar» einen stärkeren Akzent auf

weiche Faktoren wie Lebensqualität, Wohnqualität, Kinderbetreuung – «was nebst harten Faktoren eben auch wichtig ist». Den zweiten Unterschied sieht er in der «Ökologiepolitik»: Dieser wolle er im Kanton Bern ein höheres Gewicht verleihen. Nur so werde der als Wohnstandort attraktiver. Und er wolle, dass der Kanton in Ökologiefragen auf schweizerischer Ebene eine wichtigere Rolle spiele.

Agenda «rigoros bewirtschaften»

Seine Motivation sei in den ersten 100 Tagen «noch viel grösser» geworden, sagte Rickenbacher. Und zusammenfassend: «Wir haben gute Ideen, wie wir diesen Kanton wirtschaftlich erfolgreicher machen und gleichzeitig seine Attraktivität als Wohnstandort weiter steigern können.»

Sein Leben sei mit der neuen Aufgabe hektischer geworden, sagte er nach der Präsentation dem «Bund». Von den Arbeitszeiten und der Belastung her glaube er, sich in einem Gleichgewicht zu befinden. Allerdings müsse er seine Agenda «ganz rigoros bewirtschaften», um Freiräume für sich und seine Familie zu schaffen und zu schützen. Rickenbacher wohnt in Jens und ist Vater einer kleinen Tochter.

Konflikte «sind logisch»

Dass es zwischen den SP-Regierungsräten und ihrer Partei oder einzelnen Sektionen zu Differenzen kommen werde, «ist logisch». Dies sagte Andreas Rickenbacher zum gestrigen vom «Bund» publik gemachten Papier der Stadtberner SP. Diese stellt darin Forderungen an die neue, rot-grüne Regierung. So sei unter anderem der Ausbau der Wankdorfkreuzung, den der Re-

gierungsrat befürwortet, zu sistieren. Gerade dieses Beispiel belege nicht, dass sich SP-Regierungsräte von der Parteilinie entfernten, sagte Rickenbacher. Im Grossen Rat habe die SP den Ausbau befürwortet. Er habe vielmehr den Eindruck, «dass wir in der Kantonalpartei sehr gut eingebettet sind». Offensichtlich sei das Papier dazu da, den Dialog zu fördern – «das finde ich gut». (db)

Tabuthema «Sexarbeit»

THUN Der Künstler Stefan Kohler konfrontiert in Thun das Publikum mit dem Tabuthema «Sexarbeit». Mit verschiedenen Ausstellungen, Installationen, einem Podium und anderen Denkanstössen soll die öffentliche Diskussion angeregt werden.

Dass die Stadt sich nicht finanziell am Projekt beteiligt und auch keine Genehmigung für eine öffentliche Präsentation der Installation «Horizontales Gewerbe» gab, werten die Projektverantwortlichen als «Konsequenz der gesellschaftlichen Tabuisierung» des Themas. Nach dem Nein der Stadt hätten verschiedene Geschäfte ihre Schaufenster für die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema zur Verfügung gestellt, schreiben sie. Unterstützt wird das Projekt unter anderem von Kirchengemeinden und von der Gewerkschaft Unia. Informationen unter www.sexarbeit.ch. (sda)

Diskussion um den Pegelstand

Wie hoch soll der Pegel des Thunersees künftig sein? Zwei Varianten stehen momentan zur Diskussion

Soll der Pegel des Thunersees dauernd oder nur bei Hochwassergefahr abgesenkt werden? In einem Mitwirkungsverfahren können sich Betroffene, Behörden und Interessengruppen zu Wort melden.

SUSANNA REGLI

Mit einem 1,2 Kilometer langen Entlastungsstollen soll die Stadt Thun künftig besser vor Hochwasserschäden geschützt werden. Der Stollen, der bis zu 15 Meter unter der Erdoberfläche liegt, beginnt am Ende des Schifffahrtskanals und er endet unterhalb des Kraftwerks Thun Aare. Damit er seine volle Wirkung entfalten kann, wird schon vor dem Bau ein Betriebsreglement ausgearbeitet. Darin wird

festgehalten, wie der Pegelstand künftig reguliert, beziehungsweise er tief gehalten wird.

Wie das Amt für Information mitteilte, werden zwei Varianten in einem Mitwirkungsverfahren der Begleitgruppe unterbreitet, in der Betroffene, Amtsstellen und Interessengruppen vertreten sind:

- Entweder wird der See kurzfristig – vor einem drohenden Hochwasser – abgesenkt. Das heisst: Hochwassergefahr muss frühzeitig erkannt werden. Bereits wurde ein System mit drei Gefahrenstufen konzipiert.
- Oder der Seespiegel wird konstant auf einem tieferen Niveau gehalten als bisher.

Mit beiden Varianten lasse sich ein deutlich besserer Schutz vor Hochwasser erreichen, steht in der Medienmitteilung. Aller-

dings haben beide Varianten Auswirkungen auf andere Bereiche. Das Reglement soll im kommenden Jahr vom Regierungsrat genehmigt werden. Es wird jedoch auch den betroffenen Gemeinden und Gemeinderäten (von Thun bis und mit Bern) vorgelegt.

Parallel zum Mitwirkungsverfahren werden beide Varianten einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen.

Baubeginn verschoben

Der Grosse Rat hatte für den Entlastungsstollen einen Kredit von insgesamt 35 Millionen Franken gesprochen. Allerdings zeigte sich nach Ausschreibung, dass die Kosten deutlich höher werden könnten. Das zeigte die Offerten der vier Unternehmen, die Projekte einreichten. Der

Kanton hat deshalb im April das Submissionsverfahren abgebrochen. Im Frühsommer wurden die Arbeiten mit leicht veränderten Rahmenbedingungen neu ausgeschrieben. Die Frist für Eingaben ist am 4. September abgelaufen. Momentan würden die Offerten geprüft, sagte Baudirektorin Barbara Egger gestern auf Anfrage. Ob im Rahmen der zweiten Submission Offerten eingegangen sind, die den Kreditrahmen nicht sprengen, konnte sie nicht sagen.

Aufgrund der Probleme bei der Submission hat sich auch der Baustart verschoben. Geplant war, mit den Bauarbeiten im Frühsommer 2006 zu beginnen, im Herbst 2007 hätte der Stollen fertig sein sollen. Der Start der Bauarbeiten wurde nun auf den Winter verschoben.

KURZ

Die Initiative ist zustande gekommen

TAGESSCHULEN Die im März lancierte «Volksinitiative für familienfreundliche Tagesschulen» kommt aller Voraussicht nach zustande. Wie Brigitte Gsteiger, Geschäftsführerin der Lehrerinnen und Lehrer Bern (Lebe), auf Anfrage sagt, liegen derzeit etwa 18 700 Unterschriften zur Beglaubigung bei den Gemeinden. 15 000 sind fürs Zustandekommen der Initiative nötig. Hinter der Volksinitiative stehen nebst Lebe auch Frauen- und Elternvereinigungen, Mitte-links-Parteien und die SVP-Frauen. Eingereicht werden die Unterschriften Ende September. (ry)

Zusammenschluss von Alterseinrichtungen

EMMENTAL Der Verein Emmentalisches Krankenhaus und der Verein Wohnen im Alter Oberes Emmental schliessen sich zusammen. Dadurch könne eine tragfähige Basis für eine langfristig günstige Entwicklung des Alterszentrums Zollbrück, des Altersheims Langnau und des Emmentalischen Krankenhauses geschaffen werden, heisst es in einer Mitteilung von gestern. Der Zusammenschluss erfolgt Anfang 2008. (pd)

Waldau-Hauptgebäude wird renoviert

PSYCHIATRIE Der Zentralbau der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern am Standort Waldau wird saniert. Bis Ende Juni 2008 ist ein Teil der Räume nicht nutzbar, als Ersatz dient ein Spitalprovisorium auf dem Waldau-Areal. Der Umbau des Zentralbaus aus dem Jahr 1855 erfolgt in zwei Phasen. Bis Ende Juli 2007 wird der Ostteil umgebaut, zwischen September 2007 und Juni 2008 der Westteil. Das Provisorium mit grosszügig bemessenen Zimmern und insgesamt 50 Betten wird am Montag bezogen, wie das Amt für Information mitteilt. (sda)

Französischsprachiges Theater braucht Stärkung

BIEL Eine Intensivierung des französischsprachigen Theaterlebens in Biel sei möglich und nötig. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht, der gestern vorgestellt wurde. Es brauche dazu eine Vernetzung der Säle und Institutionen. Das Theater Palace als Ort der französischsprachigen Kultur sei aufzuwerten und mit einer professionellen Leitung auszustatten, heisst es in einer Mitteilung der Stadt. Die Umsetzung des Projekts bringt zunächst eine Ergänzung des Leistungsauftrags für das französischsprachige Sprechtheater. Dazu braucht es die Bewilligung des Kantons, der Region Biel und der Stadt Biel. Die Stadt hofft auf einen Start im Jahr 2008. (sda)

Staatsbeiträge an private Volksschulen

REGIERUNGSRAT Für die Jahre 2007 bis 2010 beantragt der Regierungsrat dem Kantonsparlament Staatsbeiträge von insgesamt sechs Millionen Franken an drei private Volksschulen. Wie das Amt für Information mitteilt, werden das Pädagogische Ausbildungszentrum NMS Bern, der Campus Muristalden und das Freie Gymnasium Bern subventioniert. Die Beiträge basieren auf einem Beitrag von maximal 2000 Franken pro Schüler. (pid)

Kanton unterstützt die Verbauung der Gohl

LANGNAU Der Regierungsrat hat an die Verbauung der Gohl in Bärau in der Gemeinde Langnau einen Beitrag von maximal 611 000 Franken bewilligt, wie das Amt für Information mitteilt. Die Gesamtkosten betragen 1,85 Millionen Franken. Mit einer Absenkung der Sohle und einer Erhöhung der Mauern soll die Abflusskapazität des Baches zwischen der SBB-Brücke und der Käserei erhöht werden. Im Juli 2002 hatte ein Unwetter im Ortsteil Bärau Schäden an Gebäuden und Mobiliar in der Höhe von rund vier Millionen Franken angerichtet. (aid)